

INTERVIEW-REIHE IM LANDESJOURNAL

"Da war ich richtig stinkig!"

Interview mit dem Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, Burkhardt Jung



Peer Oehler: Herr Ortspolizeichef, vielen Dank für die Gelegenheit dieses Interviews. Die erste Frage wäre, ob ich vier Interviews führen muss oder ob der Chef der Stadtverwaltung, der Erste Bürger der Stadtgesellschaft, SPD-Mann Jung und Bürger Burkhard mit der gleichen Stimme sprechen und mit der gleichen Zunge sogar?

BURKHARD JUNG: Das ist natürlich absolutes Ziel, man sollte überall. egal wo man steht und in welcher Position man ist, versuchen, mit einer Zunge zu sprechen. Ich bin fleißiger Karl-May-Leser - "Weißer Mann spricht mit gespaltener Zunge" - ist ein geflügeltes Wort. Aber, das gehört zur Wahrheit dazu, es ist nicht immer einfach. Lassen Sie mich einen unverfänglichen Konflikt beschreiben: Ich bin Aufsichtsratsvorsitzender der Leipziger Verkehrs- und Versorgungsgesellschaft, der LVV, wo ich die Interessen der Unternehmensgruppe Stadtwerke, Wasserwerke und Verkehrsbetriebe wahren muss. Gleichzeitig bin ich OBM der Stadt, der bestimmte Ansprüche an diese Unternehmen hat. Wie z. B. Vorstellungen von einem öffentlichen Nahverkehr, der gegebenenfalls preislich günstiger und mit einem breiteren Angebot für die Menschen angeboten werden kann. Aber gleichzeitig gibt es die wirtschaftlichen Notwendigkeiten. Das manchmal widerstreitende Interessen, die man zusammenbekommen muss. Aber ganz klar: Das Ziel muss sein, mit einer Stimme zu reden und die Konflikte, in denen man steht, offenzulegen. Das ist wichtig.

Peer Oehler: Diese Ehrlichkeit wäre wünschenswert in weiten Teilen der Politik, weil es Konflikte deutlicher machen würde, in denen man vielleicht auch selber steckt. Was denken denn der Erste Bürger der Stadt und die Leipziger Stadtgesellschaft über die Arbeit der Leipziger Polizei?

BURKHARD JUNG: Herr Oehler, da sind wir uns fast alle einig, wir haben zu wenig Polizei. Was ich, was wir alle immer wieder erleben und erfahren. Aus meiner Sicht sind die Polizisten nach wie vor in ihrer Tätigkeit hoch angesehen. Feuerwehrleute und Polizei werden von der Bevölkerung als wesentliche Garanten unserer gesellschaftlichen Situation akzeptiert. Ja, ich weiß, es ist schwieriger geworden, es gibt Respektlosigkeiten, es gibt Angriffe, es gibt Verstöße gegen die Menschenwürde. Aber im Kern gibt es eine große Akzeptanz des Berufsbildes und dieser wichtigen Aufgabe. Aber egal wo ich bin - immer wird mir vorgetragen, wenn man die Polizei braucht, ist sie weit weg, sie ist nicht sichtbar, wir haben zu wenig.

Peer Oehler: Also ist Ihr Appell, der bald seinen ersten Geburtstag hat, an Sächsische Innenministerium, man möge sich bewegen, nicht erhört worden. Damals haben sie gesagt, sie fragen sich, ob Leipzig noch Teil Sachsens ist in Bezug auf die Personalausstattung.

BURKHARD JUNG: Ja, da war ich richtig stinkig! Und ich fühlte das auch so. Ich sehe jetzt Bewegung. Ich weiß, Polizistinnen und Polizisten wachsen nicht auf Bäumen, sie brauchen eine gute Ausbildung. Das dauert, bis man in einem anderen Fluss der Nachwuchsgewinnung ist. Aber realistisch haben wir 2019 vielleicht den Abbau gestoppt und 2020 vielleicht die ersten paar Stellen mehr. Das heißt, ich hab fünf Jahre wie Kassandra gerufen, dass wir zu wenig Polizei haben, bevor die Menschen jetzt das Gefühl haben, der Ruf wird erhört. Da ist unser System einfach zu unbeweglich; und es gehört zur Wahrheit, es ist fehlerhaft geplant worden. Das Spardiktat des Freistaates Sachsen hatte die oberste Prämisse in diesem Land und - bitter, bitter - bemerken wir jetzt, dass wir zu wenig Polizisten und zu wenig Lehrer haben.

Peer Oehler: Ich hoffe, es nutzt die Gastfreundschaft nicht allzu sehr groß aus, wenn ich mit gebotener Vorsicht darauf hinweise, dass auf dem Koalitionsparteitag der SPD 2004 mit wehenden Fahnen bei nur einer Stimmenthaltung dem Stellenabbau in Gänze zugestimmt wurde, weil sie zur CDU ins Koalitionsbettchen schlüpfen wollte. Also war das eine Fehlentscheidung?

BURKHARD JUNG: Absolut! Meine eigene Partei hat an der Stelle die Sachlage ebenso verkannt wie die CDU, ganz klar. Und wir alle sind viel zu spät wachgeworden. Man ist eigentlich erst in den letzten Koalitionsverhandlungen dieser Koalition wach geworden.

Peer Oehler: Die Fachkommission zur Evaluation des Stellenbedarfs in der sächsischen Polizei ist ein Segen gewesen, auch wenn sie nach unserer Auffassung inkonsequent geführt wurde. Aber vielleicht gibt es eine Fachkommission 2.0. Dann darf ich mich dem Problem der Notwendigkeit von Polizei auch von einer anderen Seite nähern. Vielleicht bräuchten wir in Leipzig gar nicht so viel mehr Polizei, wenn man sich mancherorts kollektiv rechtskonforme Lebensweisen vorstellen könnte. War das zu kryptisch?

BURKHARD JUNG: Nein, ich weiß, was Sie meinen. Ich fang mal anders an, Herr Oehler. Ich bin ein sehr menschenzugewandter Mann, der zunächst davon ausgeht, dass in jedem von uns das Gute schlummert. Ich kann es auch anders formulieren: Wir haben beides in uns, das Gute und das Böse. Eine grundlegende Erkenntnis ist, dass unter dem zivilisatorischen Lack natürlich auch Urinstinkte schlummern, die zivilisatorisch gebändigt werden müssen. Und so wie wir es in den gesellschaftlichen Entwicklun-

Fortsetzung auf Seite 2



REDAKTIONSSCHLUSS

INTERVIEW-REIHE IM LANDESJOURNAL

Bitte beachten:

Der Redaktionsschluss für das Landesjournal Sachsen, Ausgabe September 2018, war der 3. August 2018, für die Ausgabe Oktober 2018 ist es der 29. August 2018 und für die Ausgabe November 2018 ist es der 3. Oktober 2018.

Hinweise:

Das Landesiournal versteht sich nicht nur als Informationsquelle, sondern auch als Kommunikationsforum für die sächsischen Kolleginnen und Kollegen. Zuschriften sind daher ausdrücklich erwünscht.

Die Redaktion behält sich jedoch vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte oder Fotos übernehmen wir keine Gewähr für Veröffentlichung oder Rücksendung. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar.

Die Redaktion



DELITSCHE POLIZEI Ausgabe: Landesbezirk Sachsen

Geschäftsstelle:

Sachsenallee 16 01723 Kesselsdorf Telefon: (035204) 68711 Telefax: (035204) 68750 Internet: www.gdp-sachsen.de Adress- und Mitgliederverwaltung: Zuständig sind die ieweiligen Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Sozialwerk der Polizei

Telefax: (035204) 68718 Internet: www.psw-service.de E-Mail: psw@psw-service.de

Redaktion:

Matthias Büschel (V.i.S.d.P.) Scharnhorststr. 5, 09130 Chemnitz Telefon: (dienstlich) (0371) 3 87-20 51 Fax: (dienstlich) (0371) 3 87-20 55 F-Mail: Redaktion@gdp-sach

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Anzeigenverwaltung Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei Forststraße 3a, 40721 Hilden Telefon (02 11) 71 04-1 83 Telefax (02 11) 71 04-1 74 Verantwortlich für den Anzeigenteil: Antje Kleuker Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 40 vom 1. Januar 2018

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien Marktweg 42-50, 47608 Geldern Postfach 14 52, 47594 Geldern Telefon (0 28 31) 3 96-0 Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2801

Fortsetzung von Seite 1

gen der letzten Jahrhunderte geschafft haben, Menschenrechte zu formulieren, so gehört auf der anderen Seite zur Wahrheit, dass darunter all das schlummert, was an Bösartiakeit eben in der Evolution nicht verschwunden

Deshalb braucht es ein gesellschaftliches Gerüst, es braucht Sanktionen, es braucht Pönalisierung, es braucht Regeln, es braucht Ordnung. Und ich glaube, die vordringlichste und vornehmste Aufgabe des Staates ist es, diese Ordnung zu organisieren. So lange sich alle regelhaft in einem miteinander vereinbarten System verhalten, haben wir kein Problem. Da können auch abweichende alternative Lebensformen wunderbar hineinpassen. Da kann es bunt zugehen. Da kann es vielfältig zugehen. Aber in dem Moment, wo gruppenspezifische Verhaltensweisen diese Normen systematisch unterlaufen, dagegen kämpfen und der Staat sich nicht wehrt, kommen wir in Konflikt. Ich glaube, dass wir zu lange gewartet haben und mittlerweile in einer gesellschaftlichen Situation sind – jetzt bin ich kryptisch - wo das Recht des Einzelnen auf Unantastbarkeit gegen das Gemeinwohl ausgespielt wird. Wo Regelverstöße fast zur Norm geworden sind und wir uns alle miteinander von der Familie angefangen bis in die kleinsten Verästelungen unserer Institutionen daran gewöhnt haben, dass es vermeintlich zur persönlichen Freiheit gehört. Und so die Individualisierung und die daraus abgeleitete Ichbezogenheit und Ichzentriertheit bis hin zu einer Ellenbogenhaltung ein Kernproblem unserer aktuellen Demokratie, die es unglaublich schwermachen, dieses Staatswesen in seiner Regelhaftigkeit noch in der Akzeptanz zu führen. Das ist jetzt sehr, ich merk schon, ich bin sehr ...

Peer Oehler: ... nachdenklich? Und das ist ja auch gut.

BURKHARD JUNG: Vielleicht mache ich es noch ganz praktisch. Sie haben eben nach diesen Gruppierungen gefragt. Ich drehe es um. Da baut jemand ein Haus neben das Tierheim. Das Haus ist fertig, dann klagt er wegen Lärmbelästigung gegen das Tierheim. Das ist die aktuelle Wirklichkeit in Deutschland.

Peer Oehler: Ich glaube zu wissen, was Sie meinen. Das sind Problemkreise, die sind in Köln und in Cottbus, in Rostock und in München genauso wie in Leipzig zu finden. Interessant ist aber, wo Leipzig noch quasi einen draufsetzt. In dem Gefühl von vielen Polizisten ist über Jahre hinweg der Eindruck entstanden, dass auf einem ziemlich breiten antirechtsextremistischen Unterbau aus linken Parteien, Kunst und Kultur, Gewerkschaften, Kirchen, Universitäten ein Klima entstanden ist, dass im Kampf gegen rechte Bewegungen alles (im Zweifel auch das Rechtswidrige) gestattet ist und jetzt wundert man sich, dass der ehemalige Bündnispartner militante Antifa, der fürs Grobe zuständig war, sich verselbstständigt und Leipzig zum Anastraum für alles das machen will, was nicht seinem Weltbild entspricht.

BURKHARD JUNG: Da ist viel Wahres dran, ja. Aber ich will es trotzdem versuchen zu relativieren. Denn zur Wahrheit gehört ja auch, dass im Unterschied zu Karlsruhe. Stuttaart und Hamburg, in Leipzig wie im Brennglas alles extremer in der Transformation erfahrbar geworden ist. Die Massenarbeitslosigkeit genauso wie die Libertät von Gruppen, die kreative Szene mit ihren Freiräumen, die Umgestaltung im Schrumpfungs- und Wachstumsprozess, der rasante Wandel dieser Stadt. Das heißt, wir haben auch die Extreme, viel Radikalisierte an den Rändern, zu beobachten, sowohl links als auch rechts. Eine solche Zuspitzung der Antifa und der rechtsradikalen/rechtsextremistischen Strömungen an einem Ort finden Sie, das wird ja immer übersehen, kaum anderswo in Deutschland. Ich führe das zurück auf die soziale Grundsituation und Entwicklung von den 90ern bis in die Gegenwart. Die Stadt ist um 100 000 geschrumpft und um 100 000 gewachsen. Im gesamten Osten haben sich die Menschen komplett verändern müssen. Umgekehrt sind wir die Stadt, die am meisten Zuzug von außen festzustellen hat. Also in der Durchmischung von Ost und West, in der Durchmischung von Internationalität, in der Spannung zwischen Reich und Arm sind die Extreme auch politisch zwischen Links und Rechts viel holzschnittartiger hervorgekommen als an vielen, vielen anderen Plätzen in dieser Republik.

Peer Oehler: Aber was machen wir denn jetzt gemeinsam - Stadt und Polizei –, um diesen Kollateralschaden des Leipziger Lebensgefühls einzudämmen? Man kann doch nicht einen



INTERVIEW-REIHE IM LANDESJOURNAL

Boden teilweise für rechtswidriges Handeln kultivieren und sich dann nur dauerhaft wundern, dass das Unkraut militanter Gewalt wächst? In der Eingangshalle des Rathauses hängt ein Schild "Leipzig Ort der Vielfalt, Toleranz und Demokratie". Aber dazu gehört doch nicht, dass einem Küchenstudio-Besitzer, der eine geschnitzte weibliche Holzfigur ohne erkennbare Kleidung im Schaufenster hat, der Laden von Sexismusgegnern zerdeppert wird. Was macht der Oberbürgermeister, was macht die Stadt und wer sind die Kräfte in dieser Stadt, die man gewinnen muss, um zu sagen, hier ist ein Stoppschild?

BURKHARD JUNG: Aber Herr

Oehler, da ist ein Wachwerden zu beobachten. Entscheidend war die Situation in Connewitz am 12. Dezember 2015. Da hatten plötzlich sogenannte bürgerliche Kreise, die sich durchaus linksliberal verstehen, ein "Hoppla-Gefühl" – so kann es nicht weitergehen. Ich kann mich erinnern an Diskussionen in Kirchgemeinde, wo man klar zu der Auffassung kam, dass wir nicht tolerieren können, dass sich Gewalt so entlädt, dass es nicht sein kann, dass wir zusehen und uns unsere wunderbare Vielfalt von Anarchismus

zerstören lassen. Dabei ist eine ganz entscheidende Diskussion entstanden und danach habe ich eine andere Diskussion in dieser Stadt gespürt. Ich werde nicht müde darauf hinzuweisen, dass Freiheit nicht verwechselt werden darf mit, hier kann ieder machen was er will. Wir müssen versuchen, diesem wieder Einhalt zu gebie-

Peer Oehler: Wie machen wir das am Beispiel der Connewitzer Streetball-Anlage. 2015 hat man drangeschrieben "No Cops, No Nazis, Antifa Area". 2016 hat die Stadtverwaltung einer Anfrage des Stadtrats geantwortet, man will nicht übereilt handeln. 2017 hat man begonnen, es wegzumachen und seitdem gibt es dort ein Ritual aus wegmachen und neu sprühen. Manche Kollegen fragen: Warum nicht abbauen?

BURKHARD JUNG: Nein. Ich sage diesen Kollegen: Helft mit, die zu finden, die das immer wieder neu sprühen. Und zwar auf frischer Tat. Da sind wir doch beim Punkt. Wir können nicht zulassen, dass die immer wieder "No Cops" dranschreiben. Ich bleibe dabei und habe das so festgelegt: Wir machen das immer wieder weg oder wir finden die, die es dranschreiben, auf frischer Tat.

Peer Oehler: Ich glaube, das Problem ist mir bewusst und ich glaube der Anspruch an uns, die zu finden, das ist kein falsch formulierter. Aber dieser breite Unterbau in Leipzig, dass nicht schlechtzufinden, der lässt mich grummeln. Frau Nagel twittert, beim ersten Wegmachen "Da fehlt was". Das ist gewollt missverständlich.

BURKHARD JUNG: Ja. natürlich. Frau Nagel ist eine Personifizierung



Das Problem ist, der einzelne Polizist macht doch in der Regel einen super Job! Aber in der Gesamtheit der Polizei? Ich bleib dabei: (Zeigt die Note 3) Ja. ich muss differenzieren zwischen den Einzelnen und der Gesamtorganisation Fotos: Stefanie Mever

dieser Haltung, das sage ich auch so offen, und das ist nicht in Ordnung. Eine Landtagsabgeordnete sollte nicht immer wieder an der Grenze der parlamentarisch legitimierten Demokratie agieren, sondern sollte auf dem Boden der rechtsstaatlichen Ordnung agie-

Peer Oehler: Versöhnlich würde ich wahnsinnig gerne am Ende feststellen, dass es hinsichtlich der Rolle als Ortspolizeibehörde in der Stadt Leipzig einen Paradigmen-Wechsel gegeben hat. Was haben Sie vor mit der Stadt und dem Ordnungsdienst?

BURKHARD JUNG: Wenn Sie mir vor 20 Jahren prophezeit hätten, irgendwann wird der Jung mal nach "law and order" rufen, hätte ich Sie ausgelacht; aber man muss konstatieren, dass in einer solch schnell wachsenden Stadt mit diesen extremistischen Bewegungen, mit einer starken Legida-Bewegung, mit einem starken Antifa-Bereich, mit persönlich individuellen Regelübertretungen, die "normal" geworden sind, wir offensichtlich nicht mehr agieren können, als ob sich das von selbst erledigt. Sondern wir sind gefordert, uns für Sauberkeit und Ordnung einzusetzen und unseren Job zu machen. So war die Vereinbarung: Ich habe damals zu Innenminister Ulbig gesagt: "Ich verspreche Ihnen, die Stadt Leipzig sorgt für mehr Personal und wird ihre Aufgaben konsequent erfüllen unter der Bedingung, dass der Freistaat Sachsen ebenfalls seine Aufgaben macht." Wir haben unseren Job gemacht, wir sind dabei, 40 neue Leute im Ordnungsdienst einzustellen, wir haben andere Dienstvereinbart, wir schreiben zeiten

> bewusst Ortspolizeibehörde auf die Autos. Wir werden die Kolleginnen Kollegen besser ausstatten, besser ausrüsten. Ich stehe dazu. ein neues Polizeigesetz mit zu verantworten und mit zu verabschieden. Aber nicht, indem dann der Freistaat Aufgaben auf uns abwälzt und sich aus der Pflicht nimmt.

> Peer Oehler: Die letzte Frage ist, welche Note die sächsische Polizei von Ihnen für Ihre Arbeit bekommt?

BURKHARD JUNG:

Das ist gemein.

Peer Oehler: Wir können mit jedem Ergebnis leben.

BURKHARD JUNG: Das Problem ist, der einzelne Polizist macht doch in der Regel einen super Job! Aber in der Gesamtheit der Polizei? Ich bleib dabei: (Zeigt die Note 3) Ja, ich muss differenzieren zwischen den Einzelnen und der Gesamtorganisation. Das müssen sie aber unter das Bild schreihen

Peer Oehler: Ja das machen wir! Vielen Dank!

Auch Landespolizeipräsidenten brauchen Urlaub. Deshalb haben wir die Interviewanfrage an ihn um einen Monat verschoben und ihn nun für die November-Ausgabe angefragt. Wir hoffen, dass sich mit dieser Zeitschiene die Gelegenheit zum Gespräch ergibt. In der nächsten Ausgabe veröffentlichen wir das Interview mit Kai Gondlach, einem Zukunftsforscher. Was es nicht alles gibt ...



BEREITSCHAFTSPOLIZEI KREISGRUPPE DRESDEN

Beachvolleyballturnier der 1. BPA Dresden

Gegen 8.00 Uhr morgens wurde das Turnier des Tages eröffnet. Begrüßt werden konnten 28 Teams, unter anderem ein Team der Polizeireiterstaffel und sechs Teams aus Chemnitz.

Da sich aus den letzten Turnieren das A-D-Cup-Prinzip etabliert hatte,

wurden auch diesmal die Teams in der Vorrunde zugelost und anschließend nach Leistungsstärke gegliedert.

Gegen 8.15 Uhr war es dann soweit – der erste zentrale Anpfiff des Tages wurde durchgeführt. Es galt, binnen 10 Minuten so viele Punkte wie möglich und nur so wenig Fehler wie nötig zu machen.

Am Ende des Tages konnten wieder die Jungs der BFE Team 1 SN den Siegerpokal und einen Beachvolleyball von Mikasa in den Händen halten.

Der BPZ 123 Team 2 kämpfte sich ebenfalls erfolgreich durch das Turnier und erlangte nach einer intensiven und spannenden Hauptrunde den zweiten Platz gefolgt vom BPZ 111 Team 1.

V.C.D.O.

MÎKASA

FIVE

APPROVED

Foto: Jana Spinde

Alle drei Siegermannschaften erhielten zusätzlich noch Puma-Sporttaschen mit diversem Inhalt.

Nach einer kleinen zeitlichen Verzögerung konnten dann gegen 14.45 Uhr alle Teams ihren Heimweg antreten.

Auch für das leibliche Wohl wurde

an diesem Tag mit Wasser, Obst und Grillfleisch gesorgt.

Wir danken allen Mitwirkenden für die Unterstützung, insbesondere der Gewerkschaft der Polizei Sachsen, BBBank sowie der Signal Iduna für die Bereitstellung der Sachpreise und Verpflegung.

Wir hoffen, dass auch im kommenden Jahr wieder ein solches Turnier organsiert werden kann.

> Sport Frei! Tilo Kastner

> > Anzeige



FRAUENGRUPPE

19. Wohlfühlwochenende

Das 19. Wohlfühlwochenende der GdP-Frauengruppe findet vom 2. bis 4. August 2019 im Hotel "Sante Royale" in Bad Langensalza statt.

Preise: Doppelzimmer: 169,00 €/Person Einzelzimmer: 199,00 € + ortsübliche Kurtaxe 1,70 €/Taq

Die Rechnungslegung erfolgt über das Hotel, 50 Prozent der Kosten sind bis zwei Wochen vor Anreise und 50 Prozent vor Ort zu bezahlen.

Stornierungen sind immer mit mir abzustimmen!



Die Zimmer stehen am Anreisetag ab 15.00 Uhr und am Abreisetag bis 12.00 Uhr zur Verfügung.



Im Preis sind enthalten:

Begrüßungsdrink in der Kaminbar 2 x Übernachtung

2 x reichhaltiges Frühstückbüfett

1 x Moonlight-Dinner mit 3 Gängen am ersten Abend

1 x Abendessen im Rahmen der Halbpension am 2. Abend

1 entspannende Wellness-Öl-Massage, Dauer circa 20 Minuten

Freie Nutzung der Schwimmbadund Saunalandschaft der Friederiken-Therme

1 Flasche Mineralwasser bei Anreise auf dem Zimmer

Bademantel für die Dauer des Aufenthaltes

Weitere Informationen zum Hotel unter www.sante-royale.de.

Verbindliche Anmeldungen für das Wohlfühlwochenende unter Angabe der Privatanschrift, GdP-Mitgliedsnummer, Wunsch: Einzel- oder Doppelzimmer bitte bis 30. September 2018 per Mail an Gabriele.Einenkel@polizei.sachsen.de

Anmeldungen werden nach Eingang berücksichtigt.

Es stehen 10 Plätze für GdP-Frauen aus Sachsen zur Verfügung.

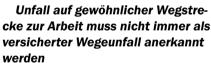
Gabriele Einenkel, Vorsitzende der Frauengruppe



Fotos: Hotel Sante Royale

RECHTSPRECHUNG

Wegeunfall



Landessozialgericht Baden-Württemberg, Urteil vom 29. 6. 2018 – L 8 U 4324/16 –

Kein Versicherungsschutz bei früherem Losfahren von zu Hause zur Verrichtung privater Tätigkeiten

In der gesetzlichen Unfallversicherung ist auch das Zurücklegen des mit der versicherten Tätigkeit zusammenhängenden unmittelbaren Weges zum Arbeitsplatz versichert (sogenannter "Wegeunfall"). Trotzdem ist

nicht automatisch jeder Unfall auf dem Arbeitsweg ein Wegeunfall. Fährt der Versicherte mehrere Stunden früher als gewöhnlich von zu Hause los, um noch private Besorgungen zu erledigen, fehlt es am erforderlichen Zusammenhang mit der versicherten beruflichen Tätigkeit, auch wenn sich der Unfall auf der gewöhnlichen Strecke ereignet. Dies geht aus einer Entscheidung des Landessozialgerichts Baden-Württemberg hervor.

Der zum Unfallzeitpunkt 50-jährige Kläger des zugrunde liegenden Falls hatte am Unfalltag um 13.30 Uhr Arbeitsbeginn, fuhr mit dem Motorroller aber schon um halb 10 Uhr los, weil er auf dem Weg zur Arbeit noch



Quelle: I-vista_pixelio.de

RECHTSPRECHUNG

zu einem Waschsalon auf dem Weg wollte, um Kleidung zu waschen.

Die übliche Fahrtzeit zur Arbeit beträgt circa 25-30 Minuten. Auf der Wegstrecke seines gewöhnlichen Arbeitswegs, noch vor Erreichen der Wäscherei, erlitt er bei einem Verkehrsunfall ein Schädel-Hirn-Trauma und mehrere Knochenbrüche und musste mehrere Wochen im Krankenhaus behandelt werden.

Versicherte verweist auf Zwischenstopps am Waschsalon zur Reinigung der Dienstkleidung

Die beklagte Unfallversicherung lehnte die Anerkennung eines Arbeitsunfalls ab. da der Versicherte nur wegen des geplanten Zwischenstopps am Waschsalon so früh losgefahren sei. Der Versicherte machte geltend, er habe u. a. Dienstkleidung reinigen wollen und er sei davon ausgegangen, dass Dienstkleidungspflicht bestehe. Auf einem Kleidungsstück sei ein Logo seines Arbeitsgebers gewesen.

Arbeitgeber verneint Dienstkleidungspflicht

Das Sozialgericht Freiburg befragte den Arbeitgeber. Dieser teilte mit, es bestehe für den Versicherten seit Jahren keine Dienstkleidungspflicht. Das Sozialgericht wies die Klage daraufhin ab.

Frühes Losfahren von zu Hause hatte rein private Gründe

Auch das Landessozialgericht Baden-Württemberg gab der Unfallversicherung Recht und wies die Berufung des Versicherten zurück. Entscheidend ist, dass das Zurücklegen des Weges zum Waschsalon auch wenn es die normale Strecke zur Arbeit war - nicht in Zusammenhang mit der Arbeit stand, sondern das frühe Losfahren von zu Hause rein private Gründe hatte, da der Kläger in diesem Moment nicht zum Arbeiten, sondern zum Wäschewaschen fahren wollte. Ohne die Absicht, an diesem Tag zum Waschsalon zu gehen, wäre er nicht früher zur Arbeit losgefahren. Dienstkleidung hatte der Versicherte nicht zu tragen, ein etwaiger Irrtum hierüber ist weder glaubhaft noch relevant, da er ohne Weiteres vermeidbar gewesen wäre.

Sozialgesetzbuch (SGB) **Siebtes Buch**

Gesetzliche Unfallversicherung § 8 Abs. 1 und Abs. 2 Nr. 1 SGB VII:

- (1) Arbeitsunfälle sind Unfälle von Versicherten infolge einer den Versicherungsschutz nach § 2, 3 oder 6 begründenden Tätigkeit (versicherte Tätigkeit). Unfälle sind zeitlich begrenzte, von außen auf den Körper einwirkende Ereignisse, die zu einem Gesundheitsschaden oder zum Tod führen.
- (2) Nr. 1: Versicherte Tätigkeiten sind auch das Zurücklegen des mit der versicherten Tätigkeit zusammenhängenden unmittelbaren Weges nach und von dem Ort der Tätigkeit.

Quelle: https://www.kostenlose-urteile.de

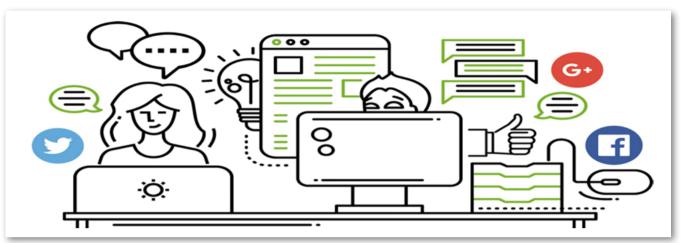
Anzeige





RECHERCHE 2018

Social Media gehört zum Journalistenalltag



Quelle: www.presseportal.de

Keine Quelle hat in den vergangenen zwei Jahren so stark an Bedeutung für die Recherchearbeit von Journalisten gewonnen wie Soziale Netzwerke. Das ergab unsere große Journalistenumfrage "Recherche 2018". Demnach stieg die Anzahl der Journalisten, die Social Media als Quelle nutzen, im Vergleich zu unserer Umfrage vor zwei Jahren um sechs Prozentpunkte: 58 Prozent der Befragten, und damit weit mehr als die Hälfte, recherchiert inzwischen bei Facebook, Twitter & Co.

Dass Social Media für ihre Recherchearbeit in den vergangenen zwei Jahren an Relevanz zugelegt hat, sagen 55 Prozent der Befragten. Auf den weiteren Plätzen der Quellen, die in der journalistischen Recherche seit 2016 bedeutsamer geworden sind, folgen Suchmaschinen (46 Prozent) und persönliche Gespräche (38 Prozent).

Damit ergibt sich zwar auf den ersten Blick ein fast identisches Bild zur Umfrage von vor zwei Jahren, dennoch hat sich etwas Entscheidendes verändert: Die größere Relevanz sozialer Netzwerke spiegelt sich viel konkreter im Arbeitsverhalten der Journalisten wider. So binden heute 59 Prozent aller Befragten Informationen aus sozialen Netzwerken in ihre Berichterstattung ein. Im Vergleich zu 2016 ist das ein Plus von erstaunlichen 17 Prozentpunkten. Dies dürfte wiederum für Pressestellen und Agenturen von Bedeutung sein. Unternehmen oder Verbände sollten bei ihrer Kommunikation daher auch soziale Netzwerke für die Ansprache

von Journalisten stärker berücksichtigen.

Schaut man sich die Nutzung sozialer Netzwerke nach Altersgruppen an, fällt auf, dass vor allem die Journalisten im Alter von über 50 Jahren Social Media inzwischen für sich entdeckt haben. Vor zwei Jahren sagte erst ein Drittel dieser Altersgruppe, dass sie Informationen aus sozialen Netzwerken einbindet. Aktuell sind es 51 Prozent – dies entspricht einer Zunahme um 19 Prozentpunkte oder mehr als 50 Prozent.

Bei der Frage, in welchen Social-Media-Quellen recherchiert wird, zeigt sich auf den ersten Blick, dass von den drei Platzhirschen Facebook, YouTube und Twitter nur letztere Plattform einen leichten Zuwachs um drei Prozentpunkte verzeichnen konnte. Die Recherche in den beiden anderen Plattformen ist rückläufig: Facebook verlor sieben, YouTube vier Prozentpunkte im Vergleich zu 2016.

Interessant: Die Bildnetzwerke Instagram und Pinterest sind neben Twitter die Gewinner im Ranking. Die Zahl der Journalisten, die die Foto-Community Instagram als Recherchequelle nutzen, stieg um neun Prozentpunkte auf 30 Prozent. Pinterest gewann zwei Prozentpunkte dazu: Zwölf Prozent der befragten Redakteure recherchieren hier.

Welche Informationen von Redakteuren und Reportern tatsächlich in ihre Berichterstattung eingebunden werden, entspricht nahezu der Reihenfolge, in der in Social-Media-Quellen recherchiert wird. Mehr als 46 Prozent binden Facebook-Posts ein, jeweils ein Drittel Tweets und YouTube-Videos. Leicht abgeschlagen landen Instagram-Posts (16 Prozent) auf dem vierten Rang.

Im Vergleich zur Umfrage aus dem Jahr 2016 zeigt sich also, dass sich die Nutzung von Social Media als Recherchequelle inzwischen auf eine breitere Basis unterschiedlicher Netzwerke verteilt. Dies ist auch ein Ausdruck dessen, dass Informationen heute noch genauer auf einzelne Zielgruppen zugeschnitten werden sollten.

Dieser Beitrag ist ein Original-Blogpost aus TREIBSTOFF: https://www. newsaktuell.de/academy/recherche-2018-social-media/

Hier geht's zum kostenfreien Download des Whitepapers "Recherche 2018": https://www.newsaktuell.de/academy/wp/recherche2018/

Hier geht's zum Download der aktuellen TREIBSTOFF-Ausgabe: http:// www.newsaktuell.de/pdf/treibstoff_ ausgabe_12.pdf

Was ist TREIBSTOFF?

TREIBSTOFF ist das Blog der dpa-Tochter news aktuell. Es geht dort um die Themen Kommunikation, Pressearbeit und Social Media. Und manchmal auch um news aktuell selbst. Welche Trends, welche Apps, welche Themen bewegen Kommunikationsfachleute heute? Wie sieht unser Arbeitstag aus? Was ist wichtig für die Karriere? Best Practice, Interviews und Gastbeiträge warten auf PR-Profis und Pressesprecher. Einmal pro Quartal gibt es TREIB-STOFF auch als gedrucktes Magazin.





INFO DREI



Aktuelle Probleme beim Digitalfunk in

... Sachsen

... Sachsen-Anhalt

... Thüringen

Nach dem Netzaufbau wurde im August 2015 für das BOS-Digitalfunknetz in Sachsen der Wirkbetrieb erklärt. Das mit dem Versorgungsgrad GAN 0/1 errichtete Funknetz hat dieser Ausbaustufe geschuldete kleinere Lücken. Dadurch können im täglichen Dienst und bei BAO Kommunikationsprobleme auftreten. Die planmäßige Netzversorgung in Gebäuden war bundesweit nicht Bestandteil des Netzaufbaus. Durch den gewählten Netzversorgungsgrad können im laufenden Betrieb zusätzlich am Körper getragene Ausrüstungen, eine abgewandte Position der Funkgeräte zur Basisstation und bewegliche Objekte im unmittelbaren Umfeld die Funkverbindung beeinträchtigen. Eine Erhöhung des Versorgungsgrades, mit der die taktische Nutzung des Digitalfunks verbessert werden könnte, ist aus finanziellen Gründen nur für einzelne Großstädte vorgesehen. Für planbare größere Einsatzmaßnahmen können Versorgungslücken temporär durch Maßnahmen der AS geschlossen werden.

Seit der Betriebsphase wird unter Federführung der AS Sachsen an der Beseitigung von Versorgungslücken und der Verbesserung der Versorgungsqualität gearbeitet. Dabei werden jetzt auch für einzelne Gebäude, derzeit nur aus Brandschutzanforderungen, Objektversorgungsanlagen errichtet. Für die Netzänderungsmaßnahmen werden Nutzermeldungen und eigene Erkenntnisse ausgewertet. Feinjustierungsmaßnahmen zur Erreichung des Mindestversorgungsgrades erfolgen fortlaufend aus Kapazitätsgründen abschnittsweise. Erste Feinjustierungen wurden im Netzabschnitt 12 und 13 wirksam umgesetzt. Die Prozesse mit vielen Beteiligten sind sehr abstimmungsintensiv. Bei jeder Maßnahme müssen umfangreiche Messungen durchgeführt und eine Bestätigung durch die BDBOS eingeholt werden. Schwierig gestaltet sich auch die Akquise von Flächen zur Errichtung von Basisstationen.

Gunnar Petsch

Die BOS in Sachsen-Anhalt sind vollständig auf den Digitalfunk migriert. Sie nutzen das neue FEM überwiegend zur Realisierung ihrer erforderlichen Einsatzkommunikation im Sprechfunk. Aber der Digitalfunk bietet bekanntlich weit mehr Dienste und Funktionalitäten. Damit diese Dienste auch IOP-konform, bundesweit einheitlich und vollumfänglich funktionieren, sind vor deren Einführung und technischen Umsetzung teils sehr umfängliche Befassungen nötig. In der Regel beginnt dies mit Forderungen der Nutzer, welche durch die Gremien der Ländervertreter als Anforderungsbeschreibung der BDBOS angetragen werden.

Hier wird auf Grundlage der daraufhin zu erstellenden Realisierungsspezifikation die technische Machbarkeit gegenüber der Systemtechniklieferantin geprüft und nötigenfalls angepasst. Das Ergebnis mündet in Konzepten zur Diensteinführung und Handlungsanweisungen für Anwender und Nutzer. So stehen seit einigen Monaten die Dienste zum Sprachnotruf und Kurzdaten/Statusmeldung zur Verfügung. Für die eigentliche Nutzbarkeit müssen zuvor entsprechende Parametrierungen in den Funkgeräten vorgenommen werden. Andererseits müssen auch Leitstellen derart technisch ertüchtigt werden, dass eine Umsetzung der zentralen Vorgaben gewährleistet ist.

Neben finanziellen Aufwänden, welche den Leitstellenbetreibern damit entstehen, ist die inhomogene Leitstellenlandschaft, geprägt durch eine Vielzahl verschiedener Hersteller oft Ursache zäher und langwieriger Umsetzungszeiträume. Verständlich, dass wohlwollende Bereitschaft bei der Umsetzung der Diensteinführung dann erst noch wachsen muss. Und auch die Nutzer/-innen müssen ihren Beitrag leisten, indem sie durch fortwährende Aus- und Fortbildung die von ihnen geforderten Befähigungen erlangen, um mit neuen Diensten die Nutzung des Digitalfunk BOS noch effektiver zu machen.

Dirk Aderhold

Die sichere und verlässliche Kommunikation aller Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) ist eine wesentliche Voraussetzung zur Bewältigung von Einsatzlagen. Das digitale Kommunikationsnetz in Thüringen für Polizei, Rettungsdienste. Feuerwehren. Katastrophenschutz und Technisches Hilfswerk unterliegt der ständigen Verfügbarkeitsprüfung. In einem modernen Thüringen müssen die Kapazitäten der sicheren Sprach- und Datenübertragung den gegenwärtigen und zukünftigen Erfordernissen angepasst werden. Die ständige, flächendeckende und ausreichende Verfügbarkeit der Kommunikation stellt für die Autorisierte Stelle Digitalfunk, mit Sitz im Thüringer Landeskriminalamt, eine Herausforderung dar. Mit der Fertigstellung der Thüringer Tunnelkette der Bundesautobahnen sowie der Betriebsaufnahme der ICE-Hochgeschwindigkeitsstrecke durch Thüringen änderten sich u. a. die Bedarfe an den Digitalfunk. Des Weiteren erfolgt gegenwärtig die Ausstattung der Rettungsdienste und Feuerwehren im Freistaat mit Endgeräten für den Digitalfunk. Die Nutzeranzahl wird sich von ca. 7000 Endgeräten auf ca. 35 000 im Jahr 2020/2021 erhöhen. Gleichzeitig werden die Leitstellen der Rettungsdienste mit den neuen Kommunikationsendgeräten ausgestattet und an das BOS-Netz angeschlossen. Der Netzbetrieb lässt sich nicht gegen alle Eventualitäten absichern. Eine Verfügbarkeit von mindestens 96 Prozent wird sichergestellt. In der Konsequenz sind vorsorglich mögliche Ausfallszenarien zu kalkulieren, Auswirkungen gering zu halten. Mit Blick in die Zukunft besteht für die Autorisierte Stelle Digitalfunk die Notwendigkeit, die Flächendeckung sowie die Netzkapazitäten kontinuierlich kritisch zu betrachten. Übungen der ICE-Tunneleinheiten der Rettungsdienste und Feuerwehren wurden ebenfalls betrachtet. Das BOS-Digitalfunknetz ist an das zukunftsorientierte Nutzerverhalten zeitnah anzupassen.

